

SCHULDENKRISE: EIN LAND HAT ES GESCHAFFT – UND NIEMAND SOLL ES WISSEN

Dies ist die Geschichte eines Landes, das einen Weg aus der Schuldenkrise gefunden hat. Dass sie von den Mainstream-Medien tot geschwiegen wird, ist symptomatisch. Die Welt soll einfach nicht wissen, dass man sich auch als kleines, hoch verschuldetes Land vom Joch der Banken befreien kann.

Die Situation von Ecuador war dramatisch, als es im November 2008 als erstes Land die Legitimität seiner Schulden offiziell überprüfte. Gefunden wurden Hunderte von Verstössen gegen ecuadorianisches, amerikanisches und internationales Recht. Das Weltbank-System registriert zwar internationale Kreditverträge, aber bietet aber weder Recht noch Rechtssprechung zur Anfechtung von Kreditkonditionen. So wurde Ecuador zum ersten Land, das (auf dem grössten Teil seiner Darlehen) die Zahlungen einstellte, obwohl es technisch gesehen dazu in der Lage gewesen wäre.

Die Finanzpresse heulte auf: Die Financial Times setzte Ecuador kurzerhand auf die «Achse des Bösen in Lateinamerika» und Investor's Business Daily schrieb, das Land sei seinem Ruf als Bananenrepublik vollauf gerecht geworden. Der Schritt wurde von den Medien als Grille eines linken Extremisten (Präsident Rafael Correa) abgetan, als Ausgeburt einer «lächerlichen Ideologie» (Bloomberg). Die Angst war gross, andere Länder könnten dem Beispiel folgen.

Aber: Im Juni 2009 erreichte Ecuador mit 91 Prozent seiner Gläubiger eine Übereinkunft, nach der es seine Schulden mit 65 Prozent Einschlag zurückkauft. Das ist für die Banken immer noch ein gutes Geschäft, hat doch Ecuador schon bis zur Zahlungseinstellung weit mehr zurückbezahlt als es an Krediten jemals erhielt. Nach Angaben von Wissenschaftlern der Sonoma State University hat Ecuador zwischen 1982 und 2006

106,2 Mrd. Dollar an Krediten erhalten und 119,8 Mrd. an Zinsen und Rückzahlungen geleistet, ein Saldo zugunsten der Banken von 13,6 Mrd. Und noch immer drückte eine Schuldenlast von 14,3 Mrd. Der Schuldendienst kostete den Staat Ecuador im Jahr 2007 mehr als das Gesundheitswesen, die sozialen Dienste, den Wohnungsbau und die Stadtentwicklung – zu viel, um weiter zahlen zu können.

Quelle dieser Geschichte ist das amerikanische Project Censored, eine gemeinsame Initiative von alternativen Medien, Universitäten und Bürgerrechtsgruppen, das die Zahlungseinstellung Ecuadors unter die zehn wichtigsten zensurierten Themen 2009/2010 einreichte. Mindestens so bemerkenswert wie der Schritt Ecuadors ist die Tatsache, dass wir offenbar nichts davon wissen sollen, gerade in Zeiten drohender Staatsbankrotte.

CP

Naheliegend: «Move your Money»

Die kleinen Leute empören sich, während die grossen Banken weiterhin dicke Gewinne einfahren, nicht zuletzt mit dem Geld der kleinen Leute. Da kommt die amerikanische Aktion «Move your Money» genau richtig: Entzieht den Banken das wenige Geld, das ihr habt, und legt es bei einer lokalen Kreditgenossenschaft oder Kommunalbank an, fordert sie. Mit einer Datenbank von Kommunalbanken und Empfehlungen von Finanzanalysten unterstützt sie Handlungswillige.

Das grosse Geld liegt natürlich nicht in den Händen der kleinen Leute. Aber das Konto zu wechseln ist besser, als gar nichts zu tun. Zudem zählt die Bewegung in den USA auf eine finanzstarke Unterstützung: An ihrer Spitze steht die Multimillionärin Arianna Huffington, die den Blog mit der weltweit grössten Reichweite betreibt. Wie viele ihre Bank deswegen tatsächlich gewechselt haben, ist nicht bekannt. In Deutschland kopiert Attac die Aktion. Man kann selbstverständlich auch von sich aus zu einer kleinen Bank wechseln. Das ist vermutlich ohnehin sicherer.

MH

Weitere Infos: www.moveyourmoney.info

Das Kuchenstück der Reichen wird grösser – und vertuscht

Die Vermögen in Deutschland sind 2002 bis 2007 nur noch um zwei Prozent pro Jahr gewachsen. Dennoch haben die Reichen ein immer grösseres Kuchenstück für sich herausgeschnitten. Das oberste eine Prozent konnte um zehn Prozent zulegen, das oberste Zehntel um 6,6 Prozent, während die Vermögen der untersten 70 Prozent – die grosse Bevölkerungsmehrheit – um 5,7 Prozent schrumpften.

Der Soziologieprofessor Michael Hartmann von der TU Darmstadt warnt: «Richtig gewonnen hat in dieser Zeit das eine Prozent an der Spitze, mit Vermögen ab 817'181 Euro netto. Dieser sehr kleine Teil der Bevölkerung, der nahezu einen Viertel des gesamten Vermögens in Händen hält, hat fast 150 Milliarden dazugewonnen. Darüber wird nicht geredet; dabei wäre es doch naheliegend zu fragen, ob nicht sie ihren Anteil leisten müssten. Schliesslich hat die staatliche Rettung der Banken vor allem ihr Geld gesichert. Aber die Mittelschichten werden glauben gemacht, mit denen oben in einem Boot zu sitzen. Sloterdijk weitete seinen Begriff der Leistungsträger von Interview zu Interview mehr aus, selbst Westerwelle spricht inzwischen von der Krankenschwester, die man in Schutz nehmen müsse gegen die Hartz-IV-Empfänger, die von ihren Steuern lebten. Es gibt einen massiven Versuch, die Fronten so zu ziehen. Und er scheint zu funktionieren.»

Joachim Jahnke

Der Autor betreut ein höchst lesenswertes Infoportal: www.jjahnke.net